Offener Brief an den Bundesvorsitzenden der SPD, Lars Klingbeil

Bildungsgerechtigkeit ist kein Sparziel

Hamburg, 18.11.2026

Sehr geehrter Herr Klingbeil,

wir wenden uns als Elternnetzwerk von Hamburger Schulen an Sie, weil wir mit großer Sorge die aktuellen Entwicklungen in der Hamburger Bildungspolitik verfolgen.

Die SPD steht wie kaum eine andere Partei für das Versprechen, durch Bildung soziale Ungleichheit abzubauen und allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft faire Chancen zu ermöglichen. Bildungsgerechtigkeit, soziale Teilhabe und der Ausgleich von Benachteiligungen gehören seit Jahrzehnten zum Kern sozialdemokratischer Politik.

Umso größer ist unser Unverständnis darüber, dass in Hamburg unter maßgeblicher Verantwortung einer SPD-geführten Landesregierung, einer SPD-Schulsenatorin und einem SPD-Finanzsenator Maßnahmen vorbereitet werden, die aus Sicht vieler Eltern, Schulen und pädagogischer Fachkräfte genau diesen Zielen entgegenlaufen. Das, was in Hamburg geplant ist, ist der komplette Gegensatz des Grundsatzprogramms Ihrer Partei.

Konkret geht es um die faktische Abschaffung von Ganztagsschulen (Vor- und Nachmittag werden verzahnt organisiert, Lehrkräfte werden auch am Nachmittag eingesetzt), Kürzungen bei den Schulbegleitungen für Kinder mit besonderen Bedarfen, Qualitätsverluste an den Gymnasien und gymnasialen Oberstufen der Stadtteilschulen und dem Abbau von Lehrkräften.

Seit Monaten formiert sich breiter Widerstand gegen die Maßnahmen, weitere Informationen finden Sie beispielsweise unter der Website www.keine-sparmassnahmen-zulasten-hamburgs-schulkinder.de oder in der Stellungnahme der VEHG (https://qrco.de/VEHG_Sparmassnahmen).

Hamburgs allgemeinbildende Schulen werden derzeit von rund 222.500 Schülerinnen und Schülern besucht. Jede Veränderung der schulischen Rahmenbedingungen betrifft damit direkt oder indirekt eine erhebliche Zahl von Kindern, Familien und Beschäftigten.

Besonders kritisch sehen wir den vorgesehenen Zeitplan. Der Hamburger Haushalt soll bereits im Dezember beschlossen werden. Die geplanten Änderungen sollen zudem schon zum kommenden Schuljahr wirksam werden. Alle Beteiligten hätten damit nur wenige Monate Zeit, sich auf tiefgreifende organisatorische, personelle und pädagogische Veränderungen einzustellen. Für Maßnahmen dieser Tragweite ist der Zeitraum zu kurz. Die massiven Änderungen im Hamburger Schulsystem verdienen aus unserer Sicht eine sorgfältige Prüfung und eine breite öffentliche Debatte. Es drängt sich uns der Verdacht auf, dass hier Fakten geschaffen werden sollen, da Schulen gezwungenermaßen jetzt die Umsetzung der geplanten - noch nicht beschlossenen - Maßnahmen angehen müssen, um den Zeitplan überhaupt einhalten zu können.

Was die SPD verspricht. Und was in Hamburg geschieht.

Die aktuelle Debatte ist nicht nur eine Diskussion über Haushaltsmittel. Sie ist auch eine Debatte über politische Glaubwürdigkeit.

Die SPD verspricht: Gute Bildungschancen für alle Kinder

Der SPD-Parteivorstand (Sie!) erklärt in einem Beschluss vom 07.09.2026:

„Gute und gleiche Bildungschancen für alle sind von zentraler Bedeutung für eine zukunftsfähige Gesellschaft."

Zudem betonen Sie, dass Bildungschancen in Deutschland noch immer zu stark von sozialer Herkunft abhängen und der Staat dem entgegenwirken müsse.

Was in Hamburg geschieht

Die geplanten Einschnitte betreffen gerade jene Angebote, die soziale Unterschiede ausgleichen können:

Lernzeiten mit Lehrkräften, kulturelle Bildungsangebote, Begabtenförderung und zusätzliche Unterstützungsangebote.

Kinder aus Familien mit ausreichenden finanziellen Ressourcen können viele dieser Angebote außerhalb der Schule kompensieren.

Kinder aus finanziell schwächeren Familien können dies häufig nicht.

Die geplanten Maßnahmen treffen deshalb besonders jene Kinder, denen sozialdemokratische Bildungspolitik eigentlich bessere Chancen eröffnen soll. Die Ganztagsgrundschulen liegen beispielsweise überproportional häufig in sozial schwächeren Gebieten

Die SPD verspricht: Ganztag ist mehr als Betreuung

Die SPD-Bundestagsfraktion erklärte in einer Pressemitteilung vom 30.07.2026 (Jasmina Hostert, familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion):

„Ganztag bedeutet mehr als Betreuung und schafft mehr Zeit zum Lernen, Spielen, Sporttreiben, Musizieren und gemeinsamen Entdecken."

Kinder sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Talente zu entfalten und umfassende Bildungschancen wahrzunehmen.

Was in Hamburg geschieht

Nach den vorliegenden Planungen drohen gerade jene Elemente zurückgedrängt zu werden, die Ganztag zu mehr machen als Betreuung.

Wenn Lehrkräftestunden und Honorarmittel entfallen, geraten Lernzeiten, Schulchöre, Theatergruppen, kulturelle Projekte und weitere Bildungsangebote unter Druck.

Viele Eltern befürchten deshalb, dass aus einem Bildungsangebot schrittweise ein Betreuungsangebot wird.

Damit droht genau die Entwicklung, vor der die SPD auf Bundesebene selbst warnt.

Die SPD verspricht: Bildung muss Benachteiligung überwinden

Im Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 07.09.2026 wird betont, dass soziale Unterschiede häufig bereits vor der Einschulung entstehen und Bildungseinrichtungen diese Unterschiede ausgleichen müssen.

Was in Hamburg geschieht

Wer Mittel aus dem Bildungsangebot abzieht, schwächt genau jene Instrumente, die Benachteiligungen ausgleichen können.

Viele Familien fragen sich daher, wie soziale Ungleichheit reduziert werden soll, wenn gleichzeitig die Ressourcen verringert werden, die diesem Ziel dienen.

Die SPD verspricht: Inklusive Bildung für alle Kinder

Wer jedem Kind gute Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben verspricht, muss dieses Versprechen auch für Kinder mit Behinderung einlösen. Für viele von ihnen ist die Schulbegleitung die Voraussetzung dafür, dass das Recht auf gleichberechtigte Bildung (Artikel 24 UN-Behindertenrechtskonvention) im Schulalltag ankommt.

Die SPD verfolgt zudem das Ziel, „inklusionsfreie Räume weitestgehend [zu] reduzieren“. Dies gelte ausdrücklich auch für den Bereich „Bildung“. (vgl. https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Parteispitze/PV_2021/20210508_Beschluss_PV_Teilhabe.pdf)

Was in Hamburg geschieht

Bei der Schulbegleitung ist das, was an anderer Stelle noch Planung ist, bereits Realität. Zum Schuljahr 2026/27 erhalten weniger Kinder eine Schulbegleitung, und wer sie erhält, bekommt oft weniger Stunden als beantragt. Auch der Entwurf des Haushaltsplans 2027/28 rechnet mit deutlich weniger Kindern mit Schulbegleitung, obwohl die tatsächlichen Zahlen seit Jahren darüber liegen. Die Mittel sollen ab 2028 sogar sinken.

Gleichzeitig soll Schulbegleitung vorrangig durch Freiwillige im FSJ geleistet werden. Doch so viele Freiwillige gibt es nicht. Viele dieser Stellen waren zum Schuljahresbeginn unbesetzt, und sie dürfen nicht durch ausgebildetes Personal ersetzt werden. Kinder mussten deshalb zu Hause bleiben oder früher abgeholt werden. Eine Bewilligung auf dem Papier ist noch keine Teilhabe.

Wo Schulbegleitung fehlt, springen Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte ein. Die Zeit dafür fehlt ihnen bei den übrigen Kindern der Klasse.

Fehlende Schulbegleitung können Familien nicht selbst ersetzen. Wo sie fehlt, kann das Kind nicht teilhaben und verliert Bildungschancen.

Die SPD verspricht: Bildung ist eine Zukunftsinvestition

Der Parteivorstand der SPD hält in seinem Beschluss vom 07.09.2026 fest, dass gute Bildung ein wichtiger Faktor für mehr soziale Aufstiegschancen, mehr Wirtschaftswachstum und für eine stabile Demokratie ist.

Was in Hamburg geschieht

In Hamburg erleben Eltern derzeit vor allem Debatten über Einsparungen.

Anstatt Bildungsangebote auszubauen, werden bestehende Strukturen infrage gestellt.

Anstatt pädagogische Teams zu stärken, werden Ressourcen reduziert.

Anstatt Chancengerechtigkeit auszubauen, entsteht die Sorge, dass wichtige Fortschritte der vergangenen Jahre verloren gehen. Bewährte Strukturen drohen binnen kürzester Zeit und unwiederbringlich zerstört zu werden.

PISA hat doch wieder einmal gezeigt, wie viel Deutschland für gute Bildung tun muss.

Die SPD verspricht: Der Staat trägt Verantwortung für gleiche Chancen

Im aktuellen Bildungsbeschluss vom 07.09.2026 fordert die SPD, jedem Kind unabhängig vom Wohnort, der Herkunft oder dem Einkommen der Eltern gute Chancen auf ein selbstbestimmtes und erfolgreiches Leben zu ermöglichen.

Was in Hamburg geschieht

Wenn Schulen gezwungen werden, bewährte Bildungsangebote oder unterstützende Strukturen zurückzufahren, wird dieses Versprechen in der Praxis geschwächt.

Die Folgen spüren vor allem jene Kinder, die auf schulische Förderung besonders angewiesen sind.

Für viele Familien sind beispielsweise Ganztagsangebote keine freiwillige Ergänzung des Schulalltags.

Sie sind Voraussetzung dafür, dass Kinder ihre Talente entdecken, Selbstvertrauen entwickeln und gleiche Chancen erhalten.

Es sind die Lernzeiten mit Lehrkräften, in denen Kinder Unterstützung bekommen.

Es sind die Musik-, Theater- und Kulturprojekte, in denen Kinder Fähigkeiten entdecken, die im regulären Unterricht oft verborgen bleiben.

Und es sind häufig gerade die Kinder, für die die SPD seit jeher Politik machen möchte, die am meisten von diesen Angeboten profitieren.

Wer an diesen Strukturen spart, spart nicht an Luxus.

Er spart an Chancen.

Wir schreiben diesen Brief, weil wir nicht verstehen, warum ausgerechnet unter einer SPD-geführten Landesregierung, einer SPD-Schulsenatorin und einem SPD-Finanzsenator Maßnahmen vorbereitet werden, die von Eltern, Schulen und pädagogischen Fachkräften als Rückschritt für Bildungsgerechtigkeit wahrgenommen werden. Im Übrigen wird die von Ihnen im Beschluss vom 07.09.2026 geforderte Gebührenfreiheit für Kitas in Hamburg gerade ebenfalls teilweise aufgehoben.

Deshalb bitten wir Sie eindringlich:

Nehmen Sie zu den Hamburger Planungen Stellung.

Setzen Sie sich innerhalb Ihrer Partei dafür ein, dass die bildungspolitischen Grundsätze der SPD auch dort gelten, wo die SPD Regierungsverantwortung trägt.

Denn Bildungsgerechtigkeit beweist sich nicht in Parteibeschlüssen und Pressemitteilungen.

Sie beweist sich dann, wenn Haushalte unter Druck geraten und politische Prioritäten gesetzt werden müssen.

Hamburgs Kinder verdienen eine Bildungspolitik, die Chancen schafft statt Chancen verbaut. Jede politische Entscheidung, die Bildungswege verengt, gefährdet ihre Zukunft und untergräbt das Versprechen von Bildungsgerechtigkeit.

Mit freundlichen Grüßen

Elternrat der Grundschule Neurahlstedt

Kreiselternrat 41

Elternrat der Schule An der Burgweide

Elternrat der Schule am Eichtalpark

Elternrat der Clara-Grunwald-Schule

Elternrat der Marie Beschütz Grundschule

Elternrat der Max Brauer Schule

Elternrat der Grundschule Rothestraße

Charlotte Jaus als Einzelperson

Elternrat der Schule Stockflethweg

Kira Nehring als Einzelperson

Elternrat der Anton-Reé-Schule Allermöhe (ARSA)

Elternrat der GTS Molkenbuhrstraße

Elternrat des Heilwig Gymnasiums

Kreiselternrat 61

Elternrat des Gymnasium Bornbrook

Elternrat des Gymnasium Allee

Elternrats des Marion Dönhoff Gymnasiums

Elternrat der Grundschule Rungwisch

Elternrat des Gymnasiums Lohbrügge

Elternrat der Grundschule Bramfeld

Elternrat der Stadtteilschule Blankenese

Elternrat der Heinrich-Hertz-Schule

Elternrat des Hansa-Gymnasiums

Ulrike Kache als Einzelperson

Elternrat der Schule Fünfhausen-Warwisch

Elternrat der Schule Friedrich-Frank-Bogen

Elternrat der Schule Marckmannstraße

Lena Weyel als Einzelperson

Markus Redlich als Einzelperson

Elternrat der Schule Rellinger Straße

Maja Menke als Einzelperson

Elternrat der Grundschule Röthmoorweg

Antje Weber als Einzelperson

Elternrates der Schule Bonhoefferstraße

Elternratsvorstand Lise Meitner Gymnasium

Elternrat der Grundschule Eckerkoppel

Sara Beuster als Einzelperson

Kornelius Kohlmeyer als Einzelperson

Elternrat Grundschule Thadenstraße

Elternrat vom Gymnasium Süderelbe

Christine Jung als Einzelperson

Dirk Jung als Einzelperson

Steffi Seitz als Einzelperson

Elternrat der Grundschule Anna-Susanna-Stieg

Vorstand Elternrat Gymnasium Grootmoor

Elternrat der Stadtteilschule Winterhude/Winterhuder Reformschule

Elternrat des Emilie Wüstenfeld Gymnasiums

VEHG - Vereinigung der Elternratsvorsitzenden der Hamburger Gymnasien

GEST - Gemeinschaft der Elternräte an Stadtteilschulen in Hamburg

GEW Hamburg - Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Hamburg

Heiko Siemens als Einzelperson

Celine Czipull als Einzelperson

Thomas Kunzmann als Einzelperson

Martin Anacker als Einzelperson

Claudia Flamme als Einzelperson

Elternrats der Stadtteilschule Helmuth Hübener

Elternrat der Grundschule Tornquiststraße

Elternkammer Hamburg

Stefanie Engelke als Einzelperson

Annegret Westphalen als Einzelperson

Karl-Eckhard Czipull als Einzelperson

Tanja Liro als Einzelperson

Julia Stein als Einzelperson

Kathrin Schumacher als Einzelperson

Elternrat der GTS Hoheluft

Elternrat des KAIFU Gymnasium

Kreiselternrat 51

Isabelle Westecker-Blum als Einzelperson

Marina Selikowitsch als Einzelperson

Bianca Zimmermann als Einzelperson

Roger Hasse als Einzelperson

Heike Zimmermann als Einzelperson

Ernst Zimmermann als Einzelperson

Elternrat der GTS Fährstraße

Christine Bakx als Einzelperson

Elternrat der Loki-Schmidt-Schule

Elternrat der Schule Vizelinstrasse

Elternrat des Corvey Gymnasiums

Kreiselternrat 42

Laura Buhren als Einzelperson

Volker Sievert als Einzelperson

Magdalena Lux als Einzelperson

Elternrat der Grundschule Scheeseler Kehre

Elternrat der Grundschule An der Gartenstadt

Julia Zechlin als Einzelperson

Florian Zechlin als Einzelperson

Elternrat der Schule Kamminer Straße

Elternrat der Ida Ehre Schule

Marvin Zager als Einzelperson

Elternrat der Schule Großlohering

Elternrat der Schule Lutterothstraße

Elternrat der Schule Nettelnburg

Mirjam Mans als Einzelperson

Jürgen Höfer als Einzelperson

Kreiselternrat 22

Elternrat der Grundschule Sachsenweg

Kreiselternrat 32

Elternrat des Albrecht-Thaer-Gymnasiums

Vorstand des Elternrats der Grundschule Döhrnstraße

Meliha Cita als Einzelperson

Alexandra Anastasiou als Einzelperson

Elternrat des Ganztagesgrundschule Sternschanze

Elternrats der Louise Schroeder Schule

Daniela Brandt als Einzelperson

Elternrat der Westerschule Finkenwerder

Elternrat der Otto-Hahn-Schule

Elternrat der Max-Träger-Schule

Elternrat der Stadtteilschule Bergedorf

Elternrat der Schule am Park

Elternrat der Grundschule Ohrnsweg

Elternrat der Schule Tegelweg

Elternrat des Goethe Gymnasiums Hamburg

Sandra Fiedler als Einzelperson

Elternrat des Gymnasium Marienthal

Elisa Schnoor als Einzelperson

Elternrat des Gymnasiums Langenhorn

Elternrat der Stadtteilschule Wilhelmsburg

Elternrat der École Française de Hambourg

Elternrats der Schule Zollenspieker

Doro Seele als Einzelperson

Elternrat des Bildungshauses Eimsbüttel

Elternrats des Gymnasiums Bondenwald

Karoline Milatz als Einzelperson

Magnus Milatz als Einzelperson

Gunilla Klemp als Einzelperson

Lina Sophie Mau als Einzelperson

Kai Wellbrock als Einzelperson

Jasmin Wellbrock als Einzelperson

Jessika Vilar Benet als Einzelperson

Elternrat vom Gymnasium Othmarschen

Franziska Conrad als Einzelperson